


Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023

Unsere Fragen an die Parteien:


1) Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit im öffentlichen Raum

- a) Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentlichen Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+ Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage für queere Menschen in Bremen zu erhöhen?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt


- b) Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt

2) Queere Bildung


- a) Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt

3) LSBTIQ+ Geflüchtete


- a) Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sicherstellen?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt

4) Empowerment/Antidiskriminierung für BIPOC


- a) In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPOC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt


5) **Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege**

a) Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans*-Personen in Bremen gewährleisten?




Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt

b) Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt


c) In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt

6) Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft


- d) Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt

7) Etat/Zuwendung

- e) Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022 und 2023) sowie zur Kompensation gesteigener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?



Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei	Antwort der Partei
CDU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	FDP	Volt



CDU Bremen • Am Wall 135 • 28195 Bremen

Tobias Hentze
Landesgeschäftsführer

JÖRG-KASTENDIEK-HAUS
CDU Bremen
Am Wall 135
28195 Bremen

hentze@cdu-bremen.de
0421/30894-31
www.cdu-bremen.de

Bremen, 21.09.2022

Einreichung von Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Wichtigste vorweg: **Am 14. Mai 2023 ist Bürgerschaftswahl!**

Im Vorfeld von Wahlen spielen Interessenverbände eine zentrale Rolle, um zwischen Wählerinnen und Wählern sowie den politischen Parteien zu vermitteln. Viele Verbände filtern beispielsweise, wo bei den Parteien die größten Übereinstimmungen zu den eigenen inhaltlichen Forderungen liegen und bereiten diese Information für ihre Mitglieder auf. **Diese Arbeit ist wichtig und wird von den politischen Parteien in Bremen und Bremerhaven ausdrücklich begrüßt** und sehr ernst genommen.

Ein **zentrales Instrument für diesen Prozess sind die sogenannten Wahlprüfsteine**. In den zurückliegenden Wahljahren ist die Anzahl der Wahlprüfsteine, die bei den Parteien in Bremen und Bremerhaven eingegangen sind, immer weiter gestiegen. Wir freuen uns über das Engagement und das Interesse vieler Verbände, denn es zeigt, dass Sie die Parteien als zentrale Punkte der Meinungs- und Willensbildung wahrnehmen. Die große Zahl an Wahlprüfsteinen führt aber dazu, dass in der Vergangenheit nicht mehr alle Anfragen von allen Parteien fristgerecht und in der angemessenen Tiefe beantwortet werden konnten.

Damit Verbände, Vereinigungen, Initiativen und Interessengruppen auch **in Zukunft Antworten auf Ihre Fragen erhalten und diese die verdiente inhaltliche Qualität erhalten**, haben sich die in der Bürgerschaft in Fraktionsstärke vertretenen Landesverbände bzw. -organisationen der Parteien auf gemeinsame Rahmenbedingungen für die Bearbeitung der Wahlprüfsteine verständigt.

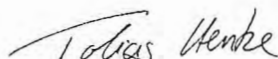
Diese Rahmenbedingungen gelten zur Bürgerschaftswahl 2023:

- Wahlprüfsteine an die Parteien sowie die Kandidatinnen und Kandidaten sollen **ausschließlich über ein Online-Formular auf den Webseiten** der Parteien eingereicht werden. Die eingegangenen Wahlprüfsteine tauschen die Parteien nicht untereinander aus. Das heißt: Wenn Sie mehreren Parteien Fragen stellen wollen, dann müssen Sie diese auch auf mehreren Webseiten hochladen. Die **CDU Bremen ist für Sie unter www.cdu-bremen.de erreichbar**.

- Es können **bis zu zehn Fragen** eingereicht werden. Unterfragen werden dabei mitgezählt. Die **Zeichenzahl pro Frage ist auf 300 Zeichen (inkl. Satz- und Leerzeichen)** begrenzt. Die Antworten werden die politischen Parteien ihrerseits auf etwa 1.000 Zeichen (inkl. Satz- und Leerzeichen) begrenzen.
- Der Versand der Antworten erfolgt nach der Erarbeitung der Wahlprogramme und Positionen der jeweiligen Partei: **Nicht aber vor dem 1. Januar 2023! Ab diesem Zeitpunkt finden Sie unter www.cdu-bremen.de das Onlineformular zum Einreichen der Wahlprüfsteine.**
- Alle Wahlprüfsteine sollen von den Einreichenden mit einer Frist versehen werden. Generell sind die Parteien bestrebt, **Wahlprüfsteine innerhalb von vier Wochen zu beantworten.**
- Wahlprüfsteine können bis zum **12. April 2023 – also etwa vier Wochen vor der Bürgerschaftswahl – eingereicht werden.** Später eingehende Wahlprüfsteine werden wegen der Nähe zum Wahltag nicht mehr beantwortet.

Sollten Sie in Ihrem Hause nicht der richtige Ansprechpartner oder die richtige Ansprechpartnerin sein, **würden wir uns freuen, wenn Sie dieses Schreiben an den oder die Verantwortliche weiterleiten.** Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch für Rückfragen und Anmerkungen zum neuen Verfahren zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Tobias Hentze
Landesgeschäftsführer CDU Bremen

Antworten Wahlprüfsteine Rat & Tat Zentrum

1) Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit im öffentlichen Raum

a) Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentlichen Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+ Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage für queere Menschen in Bremen zu erhöhen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Wir setzen uns für die Sicherheit aller Menschen ein, die in Bremen leben. Selbstverständlich müssen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie andere queere Menschen frei, sicher und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben können. Das Gewaltpotenzial hat in Gänze zugenommen und wir wollen das Sicherheitsgefühl und die Sicherheit der Bremer Bevölkerung generell verbessern. Hierfür muss aus unserer Sicht die Polizeipräsenz, insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten, deutlich erhöht werden. Der Ausbau von Videoüberwachung, sowohl an öffentlichen Plätzen als auch im gesamten ÖPNV, ist ein weiterer Schritt, der dazu beiträgt, dass sich die Bremerinnen und Bremer wieder sicherer fühlen. Um die Straftaten zum Nachteil von LSBTIQ+-Personen besser bekämpfen zu können, müssen diese Delikte zunächst statistisch erfasst und hierdurch das sogenannte Dunkelfeld aufgeheilt werden, damit die passgenauen Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

b) Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Als Staat und als Gesellschaft müssen wir sicherstellen, dass niemand, gleich welcher Glaubensrichtung, welchen Geschlechts oder welcher sexuellen Orientierung, durch Hass und Intoleranz angefeindet oder bedroht wird. Das gilt natürlich insbesondere innerhalb unserer Schulen, die wir als Ort der Sicherheit und des Wohlergehens für alle verstehen. Jeder 5. Schüler bzw. jede 5. Schülerin ist aktuell von Mobbing betroffen, dies erfolgt vornehmlich im Internet. Die verschiedenen Formen der Belästigung, Nötigung oder Diffamierung anderer Menschen haben schwere psychische und körperliche Folgen für die Betroffenen. Wir sehen uns daher in der Verantwortung, Ressourcen bei Polizei und Justiz zur Verfügung zu stellen, um eine konsequente Strafverfolgung zu sichern. Darüber hinaus wollen wir inner- wie außerschulische Präventionsmaßnahmen ergreifen, Beratungsstrukturen gerade im Bereich Opferschutz stärken und mittels Aufklärungskampagnen für das Thema Queerfeindlichkeit sensibilisieren, um diese wirksam zu bekämpfen. Innerschulisch wollen wir mit einem neuen Unterrichtsfach „Lebenskunde“ u.a. eine Plattform für Themen rund um physische und psychische Gesundheit und Themen der individuellen Lebensplanung etablieren.

2) Queere Bildung

a) Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Als CDU Bremen werden wir selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass Fragestellungen im Zusammenhang mit sexueller Orientierung, Geschlechtsidentitäten sowie Diversität adressatenspezifisch und alterskonform im Unterricht unserer Schulen im Land Bremen behandelt werden. Hiermit wollen wir dafür Sorge tragen, dass hiesige Schülerinnen und Schüler ein besseres Verständnis und Wissen über sexuelle Orientierungen sowie Geschlechtsidentitäten erlangen. Unser Ziel ist es, die gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz gegenüber LGBTQ+-Personen zu stärken. Auf dem Weg dorthin werden wir den Schulen und Kollegien

auch zukünftig die Möglichkeit eröffnen, externe Akteure mit nachgewiesener hoher Kompetenz und thematischem Sachverstand, wie beispielsweise das „Rat&Tat-Zentrum“, situativ in ihre Unterrichtsvorbereitung und -ausgestaltung miteinzubinden.

3) LSBTIQ+ Geflüchtete

a) Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sicherstellen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Allen in Bremen ankommenden Geflüchteten stehen selbstverständlich alle Angebote der Unterbringung, Versorgung, Verpflegung, Sprachkurse, psychosoziale und andere Beratungen gleichermaßen zur Verfügung. Die Nutzung von Turnhallen darf aus unserer Sicht nur eine ultima ratio und vorübergehend sein. In allen Erstaufnahmeeinrichtungen arbeiten viele engagierte Menschen, um allen neu Zugewanderten ein sicheres und menschenwürdiges Ankommen zu ermöglichen. In der Kritik viel zu lang dauernder Asyl- und Bleiberechtsverfahren stimmen wir wohl überein. Die CDU will diese Verfahren beschleunigen und sich grundsätzlich dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsunterkünfte für alle Geflüchteten nur eine kurze Episode der Unterbringung sind und schnellstmöglich Verfahren entschieden und entsprechende Folgen, wie auch Wohnen in kleineren Einheiten und Wohnungen ermöglicht werden. Wir halten wenig von einer „frühen Identifizierung“ hier ankommender Menschen und daraus resultierender besonderer Einordnung und Extrabehandlung. Jedem Menschen muss es freigestellt sein, sich selbst zu seiner Situation zu äußern und erforderlichenfalls Unterstützungsbedarf zu artikulieren.

4) Empowerment/Antidiskriminierung für BIPOC

a) In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPOC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Selbstverständlich setzen wir uns für ein diskriminierungsfreies Leben sogenannter „BIPOC“- Personen ein. Wir wissen um die besonderen Bedarfe von Queeren BIPOC. Um diesen zu begegnen, müssen die vorhandenen Queer- Beratungs- und Hilfsangebote weiterentwickelt und für die besonderen Schutzbedarfe sensibilisiert werden. Etwaige finanziellen Mehrbedarfe müssen im Rahmen der Haushaltsaufstellung beraten werden.

5) Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

a) Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans*-Personen in Bremen gewährleisten?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Alle Menschen haben auch im Land Bremen das Recht auf eine gute medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung, selbstverständlich auch und vor allem Kinder und Jugendliche, egal welches Geschlecht sie haben bzw. welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Die KV Bremen und zudem der Hippokratische Eid jeder Ärztin und jedes Arztes garantieren die Einhaltung ethischer Aspekte für alle Patienten. Mit dem zu erwartenden Selbstbestimmungsgesetz werden bundesweit neue Regelungen getroffen, die wir selbstverständlich auch im Land Bremen umsetzen werden.

b) Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?

Zurück zu
unserer
Frage ?

LSBTIQ+-sensible Pflege ist uns wichtig. Die Grundsätze insbesondere der stationären Pflege sind im Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) fest verankert. Danach haben alle Leistungsanbieter die Würde der zu Pflegenden zu achten und dabei ihre kulturelle, religiöse und sprachliche sowie sexuelle Identität zu berücksichtigen. Die staatliche Aufsicht soll durch Regelkontrollen die Einhaltung dieser Grundsätze überprüfen und sichern. Unter der SPD geführten Regierung wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Regelkontrollen in der ambulanten und stationären Pflege bisher leider zu keiner Zeit geleistet. Dies wollen wir ändern und stärker als bisher die Einhaltung menschenwürdiger Pflege einfordern und mit jährlichen unangemeldeten Regelkontrollen überprüfen.

c) In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Die neuen Gender Leitlinien in der Bremer psychiatrischen und Suchthilfeversorgung wurden 2022 auch mit den Stimmen der CDU-Bürgerschaftsfraktion beschlossen. Somit stehen wir politisch voll hinter dem Anliegen mit der Überarbeitung der alten Leitlinien aus 2011 nunmehr alle Geschlechter einzubeziehen. Wir unterstützen die geschlechtliche Selbstbestimmung, verbindliche Gewaltschutzkonzepte, den Abbau von Zugangsschwernissen zu Angeboten, die Inklusion von Nutzern, die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Besonderheiten, eine geschlechterrelevante Datenerhebung, pharmalogische Behandlungen und Beratungen, ausreichende Rückzugs- und Therapieräume, geschlechtersensible Fortbildungen, diskriminierungssensible Ansprechpartner, Organisationsentwicklung, Qualitätssicherung und selbstverständlich jede Transparenz dazu. Diese wollen wir künftig durch regelmäßige Evaluation der Umsetzung dieser Leitlinien erreichen.

6) Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft

a) Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Sogenannte „Regenbogenfamilien“ sind in unserer Gesellschaft längst nicht per se benachteiligt. Und sicher braucht nicht jede dieser Familien Unterstützung und Anlaufstellen. Die allgemeine Familienberatung in Bremen ist breit und kompetent aufgestellt und deckt aus unserer Sicht viele Fragen und Beratungen in allen Lebenslagen für alle Familien ab. Wir sehen derzeit keinen Bedarf für eine gesonderte Anlaufstelle in Gestalt eines „Regenbogenfamilienzentrums“.

7) Etat/Zuwendung

a) Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022 und 2023) sowie zur Kompensation gesteigener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Grundsätzlich betrachten wir die finanzielle Ausstattung Ihrer und anderer Beratungsstellen bezogen auf die betroffene Zielgruppe und ihres Anteils an der Bevölkerung und im Vergleich zu Beratungsstellen für andere Problemlagen als angemessen. Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst liegt noch nicht vor; selbstverständlich aber werden auch künftig Zuwendungen und Personalmittel immer wieder überprüft und den Preis- und Kostenentwicklungen sowie den Spielräumen des Haushalts angepasst.

Beantwortung von Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl 2023

Eingereicht von: Rat&Tat–Zentrum für queeres Leben e.V.

Ansprechpartner: Georg Dietsch

E-Mail: Dietsch@ratundtat-bremen.de

Besonderheiten:

Frage 1:

Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit im öffentlichen Raum

- a) Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentlichen Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+ Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage für queere Menschen in Bremen zu erhöhen?
- b) Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Position der SPD LAND BREMEN:

a) Wir nehmen ebenfalls mit Bedauern wahr, dass sich das gesellschaftliche Klima verschlechtert hat und insbesondere auch LSBTIQ+ Personen von Anfeindungen betroffen sind. Unser Ziel ist und bleibt, dass sich alle Bürger*innen in Bremen sicher fühlen und ihre Sicherheit auch jederzeit gewährleistet ist. Deswegen haben wir in den vergangenen Jahren viele Polizeianwärter*innen eingestellt und die Zielzahl weiter erhöht sowie das Polizeigesetz novelliert und die Befugnisse der Polizei erweitert. Die gefühlte und tatsächliche Sicherheit der Bürger*innen können wir grundsätzlich auch dadurch verbessern, dass wir mehr Videoüberwachung an den Haltestellen der BSAG einsetzen. Zudem fordern wir weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit und verstärkte Maßnahmen, um LSBTIQ+ vor Hass und Gewalt zu schützen. Um dem gestiegenen Hass gegenüber queeren Menschen entgegenzuwirken, müssen die Stellen der Ansprechpersonen für queere Menschen bei der Polizei Bremen und im Bildungsbereich aufgestockt werden.

b) An unseren Schulen hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Um weiter über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufzuklären und die Akzeptanz zu fördern, werden wir die Informations- und Präventionsarbeit an unseren Schulen weiter vorantreiben. Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und andere Akteur*innen an unseren Schulen sind bereits Bestandteil des Angebotes des Landesinstituts für Schule. Wir fordern zudem eine Aufstockung der Stelle der Ansprechperson im Bildungsbereich. Zudem wollen wir die Polizei weiter für das Thema Queerfeindlichkeit sensibilisieren. Die Bekämpfung von Hasskriminalität wollen wir deutlich intensivieren und auch die Staatsanwaltschaft besser ausstatten.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Frage 2:

Queere Bildung

- a) Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?

Position der SPD LAND BREMEN:

Das Schulaufklärungsprojekt "Queere Bildung" leistet mit seinen Aufklärungsworkshops für Schüler*innen und Fortbildungen für Lehrer*innen und andere Fachkräfte sehr wichtige Arbeit für Bremer Schulen. Die Arbeit trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen Zugang zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt erhalten und für Begriffe und Bedarfe queerer Menschen sensibilisiert werden. Dies führt zum Abbau von Diskriminierungen und fördert ein friedliches gesellschaftliches Miteinander. Um die Angebote des Rat&Tat-Zentrums noch breiter zugänglich zu machen, wollen wir die vorhandene Stelle deshalb als Vollzeitstelle ausbauen.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Frage 3:

LSBTIQ+ Geflüchtete

- a) Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sicherstellen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Diskriminierung oder aus anderen Gründen geflohen sind, müssen wir vor Ort umfassenden Schutz bieten. Wir müssen verhindern, dass Menschen, die z. B. aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität aus ihren Herkunftsländern geflohen sind, in Bremen ebenfalls Diskriminierung erfahren. Wir verfolgen deshalb weiterhin eine bewusste Antidiskriminierungspolitik, um jegliche Form von Diskriminierung zu bekämpfen. Die Landesantidiskriminierungsstelle wird hier zukünftig

Zurück zu
unserer
Frage ?

wichtige Arbeit leisten. Um das Ankommen zu ermöglichen, sollen Geflüchtete grundsätzlich schnell aus Gemeinschaftsunterkünften in privaten Wohnraum vermittelt werden. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf queere Menschen. Das erfolgreiche Wohnungsvermittlungs-Projekt "Zukunft Wohnen", in dem individuelle Bedürfnisse berücksichtigt werden, wollen wir weiterführen. Zudem prüfen wir, inwieweit eine Erweiterung der psychosozialen Beratung für queere Geflüchtete umgesetzt werden kann.

Frage 4:

Empowerment/Antidiskriminierung für BIPOC

- a) In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPOC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?

Position der SPD LAND BREMEN:

Unser Augenmerk liegt auf der Unterstützung von Menschen in unserer Gesellschaft, die besonders von Diskriminierung betroffen sind, so auch queere BIPOC. Wir wollen für diese Menschen und ihre Erfahrungen unterstützend sichere Räume für den gemeinsamen Austausch zur Verfügung stellen. Bestehende Angebote werden wir ausreichend weiter fördern. Zudem werden wir Angebote und Bedarfe stetig überprüfen und wenn nötig erweitern. Um die Erweiterung und Finanzierung des Angebotes der Empowerment- und Antidiskriminierungsberatung zu erörtern, werden wir mit dem Rat&Tat-Zentrum in den Dialog eintreten.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Frage 5:

Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

- a) Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans*-Personen in Bremen gewährleisten?
- b) Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?
- c) In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?

Position der SPD LAND BREMEN:

a) Menschen sind abhängig vom Geschlecht unterschiedlich von Krankheiten betroffen. Diese unterschiedliche Betroffenheit muss sich auch in der gesundheitlichen Versorgung widerspiegeln. Um zu einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik beizutragen, wollen wir Fort- und Weiterbildungen für ärztliches Personal, auch niedergelassene Ärzt*innen und Praxisteams, ausbauen. In dem geförderten Modellprojekt "Doing Gender" wurde eine Fortbildung („Trans* und inter* Menschen inkludieren“) für Fachkräfte in der psychiatrischen Arbeit entwickelt, die wir fortführen möchten.

b) Wir sehen die Notwendigkeit einer LSBTIQ+ sensiblen Pflege und haben dies deshalb

Zurück zu
unserer
Frage ?

kürzlich zum Thema in der Bremischen Bürgerschaft gemacht und einen entsprechenden Antrag beschlossen. Wir fordern darin u. a. ein entsprechendes Konzept zur Qualifizierung von Einrichtungen der Altenpflege in Hinblick auf LSBTIQ+ sensible Pflege unter Berücksichtigung eines Kriterienkatalogs und der Förderung von Zertifizierungsprogrammen. Die Umsetzung dieses Antrags werden wir konsequent vorantreiben. Im Rahmen der jährlichen Expertenhearings und des Landespflegeausschusses sollen Akteur*innen im Bereich der ambulanten und stationären Altenpflege zudem für das Thema sensibilisiert und Impulse für die Pflege im Land Bremen gegeben werden. Das Rat&Tat-Zentrum wird bei den Curricula der pflegerischen Fort- und Weiterbildungsangebote und trägerspezifischen Bildungsangeboten eingebunden und soll diese evaluieren. Zu pflegende Personen sollen in Pflegeeinrichtungen diskriminierungsfrei und ohne Repressalien leben können.

Zurück zu
unserer
Frage ?

c) Da die 2011 vom Senat beschlossenen Leitlinien für eine geschlechtergerechte psychiatrische Versorgung aus einer binären Geschlechtsperspektive entwickelt wurden, haben wir mit dem geförderten Modellprojekt „Doing Gender“ eine Überarbeitung veranlasst. Ziel ist es, vielfältige Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen. Mit der Überarbeitung sollen auch konkrete Maßnahmen für eine gendersensible und -gerechte psychiatrische Versorgung vorgeschlagen werden. Der Entwurf der überarbeiteten Leitlinien wird aktuell diskutiert. Nach Beschluss werden wir in Rücksprache mit allen wichtigen Akteur*innen die Umsetzung der Maßnahmen einleiten.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Frage 6:

Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft

- a) Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir nehmen alle Lebenslagen und besonders herausgeforderte Zielgruppen nachdrücklich in den Blick unserer Politik. Deswegen müssen wir uns für Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile besonders engagieren, ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und ihre Teilhabe sicherstellen. Dies impliziert auch, bei Beratungsangeboten alle Familienmodelle zu berücksichtigen. Wir werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedarfe in den Quartieren prüfen, inwieweit wir neue Angebote insbesondere auch für Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile, z. B. in den Häusern der Familie, schaffen können.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Frage 7:

Etat/Zuwendung

- a) Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022

und 2023) sowie zur Kompensation gesteigener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?

Position der SPD LAND BREMEN:

Queere Beratungsstellen leisten bedeutende Arbeit für queere Menschen in Bremen, sei es als Ansprechperson oder in der Interessenvertretung. Deswegen müssen sie finanziell abgesichert sein. Eine reale Kürzung der zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund von gestiegenen Personal, Energie- und Allgemeinkosten wollen wir unbedingt verhindern. Eine Kompensation kann auf unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Dabei ist auch der Bund in der Verantwortung und hat bereits Entlastungen auf den Weg gebracht. Im Fall eines Anstiegs der Energiekosten können Zuwendungsempfänger*innen beispielsweise für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 bei der Landes-Fachbehörde einen Antrag auf Gewährung von Billigkeitsleistungen stellen.

Zurück zu
unserer
Frage ?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen · Altenwall 25 · 28195 Bremen

Landesverband Bremen

Geschäftsstelle
Altenwall 25
28195 Bremen
Tel.: +49 (421) 3011 100
info@gruene-bremen.de

Bremen, 28. April 2023

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Her Dietsch,

vielen Dank für die Einsendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit beantworten. Wir freuen uns darauf, in der kommenden Legislaturperiode mit Ihnen im Austausch zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,
Alexandra Werwath & Florian Pfeffer
Landesvorstandssprecher*innen

--

*1. Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit im öffentlichen Raum
Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentlichen Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+
Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die
Sicherheitslage für queere Mensch*

Wir sehen es als Aufgabe grüner Politik, dass alle Menschen sich im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können. Im Sinne einer feministischen und queersensiblen Stadtplanung wollen wir die Erfahrungen und speziellen Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen unserer Gesellschaft bewusst mitdenken, z. B. mit kurzen, barrierefreien und gut ausgeleuchteten Wegen. Sogenannte Angsträume wollen wir konsequent beseitigen. Außerdem wollen wir noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Bürger*innen auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Bremens Straßen zu sorgen.

Falls es dennoch zu queerfeindlichen Straftaten kommt, müssen speziell geschulte Ermittler*innen die Opfer optimal unterstützen und die Täter*innen effektiv verfolgen. Um

Bankverbindung: Sparkasse IBAN: DE98430609672038484900 BIC: GENODEM1GLS

www.gruene-bremen.de

Zurück zu
unserer
Frage ?

dies sicherzustellen, werden wir die Queerbeauftragtenstelle der Polizei mit einer Vollzeitstelle ausstatten und eine entsprechende Beauftragtenstelle bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven schaffen.

2. Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?

Wir wollen, dass der sexualpädagogische Unterricht in hoher Qualität und queersensibel durch Lehrer*innen an allen Schulen durchgeführt wird. Dafür sind entsprechende Weiterbildungsprogramme sowie eine Qualitätssicherung durch die Bildungsbehörde nötig. U. a. sollen Rollenbilder und ggf. falsche Rollenerwartungen sowie toxische Männlichkeit intensiv behandelt werden.

Die Antidiskriminierungsberatungen an den ReBUZen wollen wir evaluieren und die Beratungsstellen bei Bedarf ausbauen. Darüber hinaus ist es von besonderer Bedeutung, dass mit der Einrichtung einer Beschwerdestelle für Schüler*innen und Eltern eine zweite Säule geschaffen wird, die Sanktionsmöglichkeiten hat.

Mit Wirkung zum 1.1.2022 wurden die Themenfeldkataloge der kriminalpolizeilichen Statistik für Hasskriminalität endlich so angepasst, dass queerfeindliche Straftaten sinnvoll und differenziert erfasst werden können. Wichtig für die Umsetzung ist eine queersensible Anzeigenaufnahme, daher wollen wir regelmäßige Schulungen sicherstellen und ein Qualitätscontrolling einführen.

3. Queere Bildung

Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?

Ja, wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung des Schulaufklärungsprojekts aus dem Haushalt des Bildungsressorts ein. Die dort in 22/23 vorgesehenen Zuwendungen in Höhe von jährlich 65.000 Euro sind im nächsten Doppelhaushalt jedenfalls zu verstetigen. Wir können uns aber auch sehr gut eine Erhöhung vorstellen, um eine zweite Vollzeitstelle zu finanzieren.

4. LSBTIQ+ Geflüchtete

Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ-Geflüchtete sicherstellen?*

LGBTIAQ* Geflüchtete müssen zügig nach ihrer Ankunft die notwendige Beratung sowie die spezifische Betreuung und Unterbringung bekommen, die sie benötigen. Die Identifizierung besonderer Schutzbedarfe muss also noch vor der Anhörung durch das

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

BAMF erfolgen. Die Stelle für psychologische Erstberatung in der Landeserstaufnahmestelle (LAsT) werden wir weiter institutionell fördern. Das Merkmal der Vulnerabilität werden wir statistisch erfassen.

5. Empowerment/Antidiskriminierung für BIPoC

In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPoC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?

Die Come-together- und Beratungsangebote für queer Geflüchtete und BIPoC im Rat&Tat-Zentrum müssen natürlich erhalten bleiben. Wir werden uns für eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung einsetzen.

Wir haben die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für die Landesantidiskriminierungsstelle geschaffen, die nun rasch an den Start gehen muss, um das Beratungsangebot in Bremen zu bündeln, einheitliche und klare Strukturen zu schaffen. Wo dies zu mehr Arbeit für die einzelnen Beratungsstellen führt, werden wir diese besser ausstatten.

Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir darüber hinaus die bremischen Behörden wirksam zur Gleichbehandlung verpflichten und es sowohl Betroffenen als auch ihren Interessensverbänden ermöglichen, im Diskriminierungsfall Schadensersatz einzuklagen.

Mit Hilfe einer Studie zu strukturellem Rassismus in Polizei und Feuerwehr wollen wir Rückschlüsse für die Arbeit der Sicherheitsbehörden ziehen, damit sich alle Menschen vertrauensvoll und angstfrei an die Polizei und den Rettungsdienst wenden können.

6. Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans-Personen in Bremen gewährleisten?*

Besonders im Bereich der Gynäkologie und Endokrinologie sehen wir einen Mangel an sensiblem Umgang mit trans* Personen. Dem wollen wir durch die Gründung von integrierten Gesundheitszentren begegnen. Hier arbeiten die Ärzt*innen nicht als Selbständige, sondern als Angestellte eines kommunalen MVZ, so dass bei der Personalauswahl auf besondere Kompetenzen in den Behandlung von trans* geachtet und auch entsprechende Fortbildungen sichergestellt werden können.

Zusätzlich wollen wir interdisziplinäre Zentren für sexuelle, reproduktive und genderspezifische Gesundheit schaffen. Für trans* Personen soll dies eine Anlaufstelle sein und Versorgungssicherheit herstellen, um sie bei vielen Belangen der medizinischen Transition zu unterstützen und den noch bestehenden Mangel an Behandler*innen in Bremen auszugleichen.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Darüber hinaus setzen wir uns für bessere Zugänge zu passgenauer psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgung ein. Dazu gehört auch die Verstärkung und ggf. Anpassung der Mittel für die psychotherapeutische Beratung bei TransRecht.

7. Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?

Das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz schreibt den Pflegeheimen Unterstützungskonzepte zur Vermeidung von Diskriminierung vor. Wir wollen die Wohn- und Betreuungsaufsicht durch Fortbildungen und einen verbindlichen Kriterienkatalog in die Lage versetzen, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass die Pflegeanbieter*innen hierbei eine LSBTIQ-sensible Pflege umsetzen. Außerdem halten wir es für wünschenswert, dass möglichst viele Pflegedienste und -einrichtungen an Zertifizierungsprogrammen für eine LSBTIQ-sensible Pflege teilnehmen und entsprechende Qualitätssiegel erwerben (z. B. „Lebensort Vielfalt“ von der Schwulenberatung Berlin). Das Sozialressort erarbeitet derzeit ein Konzept, wie die Teilnahme an solchen Zertifizierungen finanziell gefördert werden kann.

Weitere Maßnahmen haben wir in der Bürgerschaft mit dem Antrag auf Drucksache 20/1769 beschlossen, dessen Umsetzung wir sicherstellen und parlamentarisch eng begleiten wollen.

8. In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?

Mit den im Herbst 2022 beschlossenen Gender-Leitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen wurde eine wichtige Grundlage geschaffen, um innerhalb der bestehenden Hilfestrukturen eine gleichermaßen hochwertige Behandlung aller Geschlechter zu erreichen. Die Leitlinien sehen eine konsequente Inklusion von trans*, nicht-binären und inter* Nutzer*innen vor. Die Umsetzung der Gender-Leitlinien muss durch das Gesundheitsressort im Rahmen von Fachaufsicht und Versorgungsplanung sichergestellt werden. Die Grünen-Fraktion wird dies in der Gesundheitsdeputation parlamentarisch eng begleiten. Erforderlichenfalls werden uns für die Finanzierung eines neuen Modellprojekts einsetzen, das die Umsetzung der Leitlinien in den bestehenden Strukturen monitort und fördert.

9. Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft

Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?

Wir sind sehr angetan von den Regenbogenfamilienzentren in Berlin und wollen prüfen, wie auch in Bremen eine solche Infrastruktur geschaffen werden kann. Jedenfalls wollen wir die Beratungsangebote für Regenbogenfamilien verbessern und das Personal in Gerichten und Jugendämtern dahingehend schulen, Diskriminierung abzubauen. Besonders

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

in Bezug auf Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten, ist dies von großer Bedeutung.

Die Gleichstellung von Regenbogenfamilien ist noch lange nicht vollständig erreicht. Die diskriminierende Praxis bei der Stiefkindadoption für lesbische Paare muss abgeschafft werden. Zusätzlich braucht es rechtliche Regelungen für elterliche Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen neben den biologischen Eltern. Hierfür werden wir uns über den bundespolitischen Einfluss stark machen.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns auch zukünftig für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und von Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte ein.

10. Etat/Zuwendung

Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022 und 2023) sowie zur Kompensation gestiegener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?

Ja, wir werden uns dafür einsetzen, dass Zuwendungsempfänger im kommenden Haushalt 2024/25 mindestens einen Ausgleich für die genannten Kostensteigerungen erhalten. Für den aktuellen Haushalt 2022/23 hatte die Bürgerschaft bereits einen Nachtrag beschlossen, der einen Schutzschirm für zivilgesellschaftliche Organisationen vor den Folgen von Energiepreis- und korrespondierenden Preissteigerungen, soweit Bundesmaßnahmen nicht ausreichend greifen.

Organisation	Rat&Tat–Zentrum für queeres Leben e.V.
Name	Dietsch
Vorname	Georg
Straße, Hausnummer	Theodor-Körner-Straße 1
Postleitzahl	28203
Ort	Bremen
E-Mail	Vorstand@ratundtat-bremen.de
Telefonnummer für Rückfragen	(04 21) 70 00 0

Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit

Frage 1: Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentl. Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+ Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage für queere Menschen in Bremen zu erhöhen?

Wir werden uns für die Ausweitung des*der LSBTIQ+-Beauftragten bei der Bremer Polizei um eine weitere Stelle einsetzen. Wir fordern die Sensibilisierung von Polizist*innen auch für den Umgang mit queerfeindlicher Gewalt. Zudem befürworten wir eine Ansprechperson für queere Menschen bei der Bremer Staatsanwaltschaft. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die*der unabhängige Polizei- und Feuerwehrbeauftragte verstetigt wird und explizit auch im Fall queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt ansprechbar bleibt.

Wir sprechen uns dafür aus, dass das Personal der Unternehmen im Öffentlichen Nahverkehr, der Gesundheitsversorgung, der Justiz, Schulen und Jugendeinrichtungen für den Umgang mit queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt fortgebildet wird, dies auch mit ausreichend finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand.

Vor Allem aber wollen wir in den unterschiedlichen Bereichen die Präventionsarbeit weiter stärken (siehe auch Antworten auf die folgenden Fragen).

Frage 2: Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass im Bereich Schulsozialarbeit die Beschäftigten auch im Umgang mit Queerfeindlichkeit geschult werden. Zudem wollen wir die auf unsere Initiative geschaffenen Antidiskriminierungsstellen bei den Regionalen Bildungs- und Unterstützungszentren (REBUZ) verstetigen und an die jeweiligen Bedarfe anpassen. Wir erwarten von der Schulaufsicht im Land Bremen, sehr sensibel auf Vorwürfe queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt zu reagieren, auch und gerade bei den Schulen in privater Trägerschaft.

Queere Bildung

Frage 3: Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Wir setzen uns bereits jetzt für die Schaffung einer zweiten hauptamtlichen Stelle beim Projekt „Queere Bildung“ ein und werden diese Forderung auch spätestens in die nächsten Haushaltsberatungen einbringen. Eine Verstetigung des Projekts ist für uns selbstverständlich notwendig.

LSBTIQ+ Geflüchtete

Frage 4: Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sicherstellen?

Wir LINKEN wollen eine systematische Erfassung und Durchsetzung besonderer Schutzbedarfe von Geflüchteten. Wir setzen uns deshalb für ein frühzeitiges Clearing ein, das eine sichere Unterbringung vulnerabler Personengruppen – also explizit auch queerer Geflüchteter - von Anfang an gewährleistet. Zudem fordern wir eine spezifische Unterbringung junger queerer Geflüchteter in eigenen Wohngruppen und mit fachkundiger Begleitung.

Empowerment/Antidiskriminierung für BIPOC

Frage 5: In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPOC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?

Wir werden uns dafür einsetzen, zumindest die zwei derzeit bestehenden Stellen für queer-migrantische Selbstorganisation und Asylberatung zu verstetigen und künftig über Haushaltsmittel des Landes Bremen abzusichern. Auch bei der im Aufbau befindlichen Landesantidiskriminierungsstelle muss die Perspektive queerer Geflüchteter und Migrant*innen abgebildet werden. DIE LINKE hat bereits im Laufe dieser Legislatur gemeinsam mit Expert*innen einen für Bremen maßgeschneiderten Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes entwickelt, in dem Beteiligungsrechte migrantischer Selbstorganisationen festgeschrieben und ein Verbandsklagerecht vorgesehen sind. Der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen und sexuellen Identität muss Bestandteil eines solchen Gesetzes sein.

Außerdem wollen wir auf Landesebene Diskriminierungsschutzlücken schließen und Antidiskriminierungsmaßnahmen in der Verwaltung festschreiben.

Im Haushalt des Landes Bremen sind für die im Aufbau befindliche Landesantidiskriminierungsstelle derzeit 440.000 € pro Jahr veranschlagt. Ob dies dauerhaft auskömmlich ist, werden wir prüfen.

Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

Frage 6: Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans*-Personen in Bremen gewährleisten?

Im medizinischen Bereich spricht sich DIE LINKE für ein verbessertes Angebot in der Psychotherapie, der Hormonvergabe und anderer medizinischer Leistungen für trans*- und intersexuelle Menschen aus. Mittelfristig wäre eine Bündelung sämtlicher medizinischer Behandlungen im Rahmen der Transition an einem der öffentlichen Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven wünschenswert.

Wir beabsichtigen aber auch, regelmäßig mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Psychotherapeut*innenkammer und dem Berufsverband der Frauenärzt*innen im Austausch über eine Erweiterung der medizinischen Angebote zu bleiben. Wir beabsichtigen die im Jahr 2022 unter dem Dach von Trans-Recht e.V. geschaffene halbe Stelle im Bereich Psychotherapie (Krisenintervention) langfristig abzusichern.

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Frage 7: Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?

Auf unsere Initiative hin wurde bereits in dieser Legislatur ein Antrag beschlossen, der die Entwicklung eines Konzeptes zur Qualifizierung von Einrichtungen der Altenpflege in Bremen im Hinblick auf LSBTIQ+-sensible Pflege vorsieht. Um die Einhaltung der hierbei entwickelten Kriterien zu prüfen, sollen die Mitarbeitenden der Wohn- und Betreuungsaufsicht im Bereich der queer-sensiblen Pflege fortgebildet werden. Im Rahmen unterschiedlicher Veranstaltungen wollen wir weitere Akteur*innen im Bereich der Altenpflege für die Thematik sensibilisieren. Gemeinsam mit den Bildungsträgern im Bereich Gesundheit und Pflege und unter Beteiligung der Vereine Rat&Tat Zentrum für queeres Leben und Trans*Recht sollen die Curricula der pflegerischen Fort- und Weiterbildungsangebote und trägerspezifischen Bildungsangebote evaluiert, angepasst und gegebenenfalls weitere Angebote geschaffen werden. Zuletzt soll geprüft werden, wie die Interessen von LSBTIQ*-Senior*innen und ihr Diskriminierungsschutz in den Gesetzen, Strukturen und Gremien der Altenpflege vertreten und berücksichtigt werden können. Wir werden uns für die konsequente Umsetzung all dieser Punkte einsetzen.

Daneben wollen wir zukünftig einen kommunalen Altenpflegeträger in Bremen etablieren, um auch selbstständig pflegerische Angebote für LSBTIQ*-Personen schaffen zu können.

Frage 8: In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?

Durch das Projekt „Doing Gender“ der Initiative für Soziale Rehabilitation wurden im vergangenen Jahr Gender-Leitlinien mit dem Ziel der Inklusion aller Geschlechter in Psychiatrie und Suchthilfe entwickelt und durch die Senatorin für Gesundheit veröffentlicht. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Leitlinien in Zukunft Einzug in die Ausrichtung von Einrichtungen findet und uns daher in Haushaltsberatungen für Modellprojektmittel einsetzen.

Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft

Frage 9: Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?

Wir LINKEN setzen uns dafür ein, dass die Bedarfe von Regenbogenfamilien verlässlich in allen Ausbildungsgängen der öffentlichen Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich Kinder, Jugend und Familie) verankert werden. Wir sprechen uns zudem für regelmäßige Fortbildungsangebote für bestehende Fachkräfte in Jugendämtern, der Familienhilfe, Kitas und Schulen aus.

Die rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien und die Anerkennung der Bedarfe gleichgeschlechtlicher Paare sowie Mehr-Eltern-Familien ist überfällig. Als Teil der rot-grün-roten Koalition in Bremen haben wir im September 2021 die Bundesratsinitiative „Reform des Abstammungsrechts: Alle Familien stärken - Gleichstellung voranbringen“ beschlossen. Zuvor hatten wir im Februar 2020 in der Bremischen Bürgerschaft einen Antrag beschlossen, der unter Anderem forderte, dass Zwei-Mütter-Paare künftig beide als Eltern in der Geburtsurkunde eingetragen werden können. Außerdem sollte die rechtliche Zuordnung von Eltern zu ihren Kindern im Geburtenregister und den Geburtsurkunden künftig geschlechtsneutral erfolgen und § 1591 im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geändert werden in: „Erster Elternteil eines Kindes ist die Person, die es geboren hat.“ Wer mit der Person, die das Kind geboren hat, verheiratet oder verpartnert ist, gilt als zweiter Elternteil des Kindes. Auch die Eintragung der aktuell geführten Vornamen von Eltern in die Geburtsurkunden ihrer Kinder muss obligatorisch werden, damit das Offenbarungsgebot für trans*-Personen nach § 5 TSG nicht weiter

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Zurück zu
unserer
Frage ?

ausgehebelt wird. Für all dies und für moderne Regelungen für Mehr-Eltern-Familien werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Etat/Zuwendung

Frage 10: Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022 und 2023) sowie zur Kompensation gestiegener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?

Für gestiegene Energie- und Verbrauchskosten ist bereits jetzt im Rahmen des Nachtragshaushaltes beschlossen worden, dass unter Anderem 500 Millionen € kreditfinanziert aufgewendet werden, damit Zuwendungsempfänger*innen finanzielle Härten abfedern können, die insbesondere für zahlreiche Vereine und sonstige Institutionen durch die Energiepreisexplosion entstanden sind. Es ist für uns selbstverständlich, dass darunter auch queere Beratungsstellen fallen. In der Zukunft werden wir uns stets für eine Anpassung der Finanzierung an gestiegene Bedarfe bei den Personal- und Sachkosten einsetzen.

Bis wann sollen wir antworten (mindestens vier Wochen ab jetzt)? 25/04/2023

Zurück zu
unserer
Frage ?

FDP Bremen – Faulenstr. 38 – 28195 Bremen

Georg Dietsch
Rat&Tat-Zentrum für
queeres Leben e.V.

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023 Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V.

Sehr geehrter Herr Dietsch,

Bremen, 25. April 2023

Marcel Schröder
Kreisvorsitzender FDP
Bremen Mitte/West
Kandidat für die Bremische
Bürgerschaft (Listenplatz 2)
Vorsitzender LFA Innen &
Recht

m.schroeder@fdp-bremen.de
www.marcel Schroeder.com

T: 0173 6459682

vielen Dank für Ihre Fragen, die wir nachfolgend gerne beantworten. Wir haben am 25. Februar 2023 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter www.fdp-bremen.de. Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen. Geben Sie uns gerne Feedback, wenn Ihnen noch etwas fehlt.

1. **Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit i.ö. Raum**
Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentlichen Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+ Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage für queere Menschen in Bremen zu erhöhen?

Die Verbesserung der Sicherheit in Bremen ist uns ein zentrales Anliegen. Zum einen muss die Sicherheit in Bremen generell besser werden. Zum anderen sind gezielte Maßnahmen zur Prävention vor queerfeindlichen Straftaten zu ergreifen. Langfristig ist für mehr Toleranz und Offenheit in der Gesellschaft zu sorgen.

Die allgemeine Sicherheit aller Bremerinnen und Bremer wollen wir verbessern, indem wir den gesamten Rechtsstaat personell und sachlich besser ausstatten. Hierzu wollen wir die Zahl der Polizisten auf 3.300 in Bremen und 580 in Bremerhaven erhöhen, um die Polizeipräsenz und die Durchsetzung geltenden Rechts zu verbessern.

Vor allem in Bussen und Bahnen kam es in Vergangenheit zu queerfeindlichen Straftaten. Wir wollen daher mehr private Sicherheitskräfte in der BSAG einsetzen. Eine Ausweitung der Videoüberwachung lehnen wir hingegen ab, denn diese verhindert keine Straftaten.

Zurück zu
unserer
Frage ?

2. Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Wir Freie Demokraten fordern eine Null-Toleranz-Politik gegen Diskriminierung von queere Menschen. Hierzu sollen staatliche, schulische, kirchliche und andere nicht-staatliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für Toleranz und Akzeptanz sensibilisiert werden. Zudem soll zusätzliche Präventivarbeit in Schulen, Erziehungs-, Bildungs- und öffentlichen Freizeiteinrichtungen stattfinden. In Schulen soll die technische Möglichkeit zur Verwendung pädagogischer Namen eingeführt werden, die nicht dem standesrechtlichen Namen entsprechen müssen.

Gewalt gegen queere Menschen gilt es zu verhindern und wenn sie auftritt, konsequent zu verfolgen. Dies gilt nicht nur für körperliche Gewalt, sondern insbesondere auch für Hasskriminalität in Form von Beleidigung, Volksverhetzung und ähnlicher Delikte. Solche Straftaten sollen auch entsprechend in der Statistik als queerfeindliche Taten aufgeführt werden.

3. Queere Bildung
Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Ja. Die Präventivarbeit in Schulen, Erziehungs-, Bildungs- und öffentlichen Freizeiteinrichtungen wollen wir stärken. Das Projekt „Queere Bildung“ leistet hierzu bereits einen wichtigen Beitrag. Dieses wollen wir daher gerne verstetigen und personell weiter ausbauen.

4. LSBTIQ+ Geflüchtete
Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sicherstellen?
Wir Freie Demokraten wollen genügend Anlaufstellen und Schutzwohnungen für queere-Menschen schaffen, die bei Bedarf auch von

Zurück zu
unserer
Frage ?

Flüchtlingen genutzt werden können. Durch gut und bedarfsgerecht ausgestattete Hilfestellen wollen wir Gewaltprävention in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Stadtteile mit großen sozialen Herausforderungen.

5. Empowerment/Antidiskriminierung für BIPOC
In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPOC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch unabhängig von Alter, Herkunft, körperlicher oder psychischer Einschränkungen, Aussehen, Religion, geschlechtlicher und sexueller Identität oder politischen Ansichten frei leben kann. Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Daher fordern wir gleiche Freiheitsrechte für alle Menschen im Land Bremen. Wir fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, sowie den Begriff "Rasse" durch eine zeitgemäße und angemessene Formulierung zu ersetzen. Im Art. 2 Abs. 2 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen fordern wir ebenfalls den Begriff "Rasse" zu ersetzen. Jeder Mensch hat unveräußerliche, zu schützende Recht auf körperliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung. Umgekehrt ist es dem Staat verwehrt, moralisierende Auffassungen von Sexualität durchzusetzen.

6. Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege
Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans*-Personen in Bremen gewährleisten?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Die Auswirkungen von Covid-19 haben extreme Lücken in der psychologischen und psychiatrischen Versorgung aufgezeigt. Wohnortnahe ambulante und stationäre Behandlungsangebote für queere Menschen mit akuten psychiatrischen Erkrankungen wollen wir Freie Demokraten aufstocken und verbessern. Dies gilt ebenfalls für Beratungsstellen, sodass die Verfügbarkeit im therapeutischen und ergänzenden Beratungsbereich erhöht werden muss. Darüber hinaus gilt es, die Vernetzung von medizinischen und psychologischen Angeboten konsequent umzusetzen, damit die Kommunikation zwischen Fachärzten, Therapeuten und Patienten

künftig reibungsloser verläuft. Auch die Vermittlung durch Hotlines der Kassenärztlichen Vereinigung in Bezug auf Therapieplätze wollen wir ausbauen und qualitativ verbessern. Es braucht eine zentrale Koordinierungsstelle zwischen der kassenärztlichen Vereinigung, verschiedenen Instituten und Psychologen, um in akuten Situationen den Patienten effizienter helfen zu können.

7. Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Wir wollen staatliche, schulische, kirchliche und andere nicht-staatliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für Toleranz und Akzeptanz sensibilisieren. Hierzu gehören auch Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in der Pflege, die diese dann im Wege von Fortbildungen an ihre Mitarbeiter weitergeben.

8. In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?

Zurück zu
unserer
Frage ?

Das psychiatrische und Suchthilfesystem steht nicht alleine in einem luftleeren Raum, sondern ist eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext. In diesem Kontext spielen sowohl die historischen Wurzeln psychiatrischer Angebote als auch Gesetze und geschlechtliche Normen eine Rolle. Diese Normen und Gesetze wollen wir sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesbene so reformieren, dass die Lebensrealität queerer Menschen in diesen Gesetzen berücksichtigt werden. So schaffen wir auf Bundesebene bspw. gerade das Transsexuellengesetz ab und ersetzen es mit dem Selbstbestimmungsgesetz durch eine verfassungskonforme und angemessene Regelung.

9. Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft
Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?

Wir Freie Demokraten wollen Regenbogenfamilien bzw. Queere Eltern im Familienrecht mit nicht-queeren Eltern vollständig gleichstellen. Auf Bundesebene reformieren wir daher gerade das Familienrecht, etwa im

Zurück zu
unserer
Frage ?

Hinblick auf die Adoption oder die Mehrelternschaft. Ziel muss es sein, dass bestehende Unterstützungsangebote für Familien auch für Regenbogenfamilien geeignet sind. Hierfür müssen einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden und andererseits müssen die Mitarbeiter in den Familienzentren entsprechend fortgebildet werden.

10. Etat/Zuwendung

Zurück zu
unserer
Frage ?

Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022 und 2023) sowie zur Kompensation gestiegener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?

Ja. Die Inflation muss selbstverständlich ausgeglichen werden. Der Bund hat hierzu bereits einen großen Beitrag geleistet. Auch auf Landesebene müssen die Zuwendungen entsprechend angepasst werden.

Wahlprüfsteine Rat & Tat Zentrum für queeres Leben e. V.

Antworten Volt Bremen

1. **Queerfeindliche Gewalt / Hasskriminalität / Sicherheit im öffentlichen Raum**
 - a. **Die Gewaltbereitschaft und Bedrohung im öffentlichen Raum in Bremen nimmt für LSBTIQ+ Personen deutlich zu. Wie sehen Ihre Maßnahmen aus, um das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage für queere Menschen in Bremen zu erhöhen?**
 - b. **Was wollen Sie tun, um strafrechtlich relevanter Diskriminierung, Sachbeschädigung und queerfeindlicher Gewalt im Kontext Schule besser vorzubeugen und vorhandene Vorfälle auch als explizit queerfeindlich und als Hasskriminalität zu erfassen?**

Zurück zu
unserer
Frage ?

Soziale Gerechtigkeit sowie Gleichberechtigung bilden einen Grundstein der bei Volt gelebten Werte. Diskriminierung und Gewalt jeglicher Form verurteilen wir grundsätzlich in jedem Kontext. Aus diesen Werten heraus ergibt sich auch, dass die Unterstützung und Verteidigung der LSBTIQ + bzw. LGBTIQ + Community für uns einen hohen Stellenwert einnimmt. Wir wollen mehr als eine abstrakte Gleichberechtigung und werden uns weiterhin aktiv für gelebte Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft einsetzen, es darf keine Abstriche beim Schutz vor Diskriminierung und Gewalt geben. Die Gesetzgebung muss dafür zum Schutz vor Hassverbrechen entsprechend erweitert und angepasst werden. Wer durch diskriminierende oder gewalttätige Handlungen gegen die Gesetzgebung verstößt, soll in milden Fällen Bußgelder zahlen, bei schwereren Vergehen soll auch eine konsequente strafrechtliche Verfolgung erfolgen. Um dies zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die genannten Vergehen erkannt werden, sollen Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Polizist*innen, Richter*innen und andere Angestellte des öffentlichen Dienstes eingeführt werden. Damit die Bürgerinnen und Bürger Bremens aber auch von ihren Rechten sowie ihrem Anspruch auf Schutz Gebrauch machen können, muss die Sichtbarkeit der Mittel, welche sich aus der Gesetzgebung ergeben, gefördert werden (z.B. durch Beratungsstellen). Wir bei Volt sind außerdem davon überzeugt, dass Bildung der Schlüssel für die Bekämpfung von Diskriminierung und Hassverbrechen ist. Um zu vermeiden, dass solche Ressentiments sich überhaupt ausbilden können, sollen Themen dieser Art unbedingt in der Schule diskutiert werden. Insbesondere im Sexualkundeunterricht soll das heteronormative Weltbild durch ein solches ersetzt werden, welches der Vielheit von Sexualität und Geschlecht auf eine wertschätzende Weise Rechnung trägt. Die Schule soll ein sicherer Ort sein, an dem sich alle Kinder wohlfühlen. Die Schule soll ein Ort sein, an dem sich mit Wertschätzung und Toleranz begegnet wird. Dafür muss die Schule aber auch den Raum bieten, um Vorurteile kritisch zu hinterfragen. Des Weiteren möchten wir auch, dass Diversität ganzheitlich vom Lehrplan behandelt wird und besonderes die Vorteile, die die gesamte Gesellschaft aus dieser gelebten Verschiedenheit ziehen kann, hervorgehoben werden.

2. Queere Bildung

- a. **Soll die Förderung des Schulaufklärungsprojekts „Queere Bildung“ des Rat&Tat-Zentrums verstetigt und personell ausgebaut werden, um den Anfragen und dem hohen Bedarf an Workshops und Fortbildungen besser und zeitnäher entsprechen zu können?**

Zurück zu unserer Frage ?

Das Projekt „Queere Bildung“ ist vollkommen mit unseren Werten vereinbar und unterstützenswert. Dieses Projekt stellt für uns einen guten Ansatz dar, um Hilfs- und Beratungsangebote zu bieten und gegen Diskriminierung und Hassverbrechen vorzugehen.

3. LSBTIQ+ Geflüchtete

- a. **Wie wollen Sie die frühe Identifizierung und sichere Unterbringung (anstatt Sammelunterkunft) für die gesamte Verfahrensdauer, sowie eine ausreichende und spezialisierte Verfahrens- und psychosoziale Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete sicherstellen?**

Zurück zu unserer Frage ?

Der Übergang aus Sammelunterkünften zu längerfristigen Einrichtungen und eigenen Wohnungen muss schneller erfolgen, um allen den nötigen Raum und die Sicherheit geben zu können. Die Sensibilität für mögliche Diskriminierungen, im Bereich LSBTIQ* aber z.B. auch bei den unterschiedlichen Religionen, muss bei allen Beteiligten vor Ort und den Entscheidungsträgern erhöht werden. Volt setzt sich für Housing First ein. Diese Verfahren würden wir auf Geflüchtete anpassen, um allen den nötigen Raum und Sicherheit zu geben.

4. Empowerment/Antidiskriminierung für BIPOC

- a. **In welcher Form planen sie Empowerment- & Antidiskriminierungsangebote für queere BIPOC Vereine/Initiativen/Stellen finanziell abzusichern und zu erweitern?**

Zurück zu unserer Frage ?

Wir sehen eine vielfältige Gesellschaft als hohes Gut an und stellen uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung. Daher werden wir Angebote, sofern es für uns möglich ist, fördern und unterstützen.

5. Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

- a. **Wie wollen sie konkret eine bessere medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung von minderjährigen und erwachsenen Trans*-Personen in Bremen gewährleisten?**
- b. **Wie wollen sie stationäre und ambulante Pflegeanbieter verpflichten, dass Anforderungen an eine LSBTIQ+ sensible Pflege und Versorgung umgesetzt werden?**
- c. **In welcher Form wollen sie die Umsetzung der Genderleitlinien für das psychiatrische und Suchthilfesystem in Bremen sicherstellen?**

Zurück zu unserer Frage ?

Wie das in anderen Städten, wie Hamburg, schon der Fall ist, sollten in Bremen Beratungsstellen entstehen, die besonders auf die genannten Gruppen spezialisiert sind. Dafür muss die Trans*beratung Bremen bei ihrer Arbeit unterstützt und darüber hinaus neue Angebote geschaffen werden. Unter anderem wäre es ein großer Fortschritt, wenn mit Mitteln aus dem Haushalt der Bremer Landesregierung

Sprechzeiten der Trans*suchthilfe Hamburg auch in Bremen stattfinden würden, sodass Patient*innen nicht mehr nach Hamburg fahren müssen.

6. Regenbogenfamilien/Queere Elternschaft

- a. **Bremen verfügt derzeit über kein Regenbogenfamilienzentrum, wie möchten sie langfristig Kinder in Regenbogenfamilien und LSBTIQ+ Elternteile in ihrer Familienpolitik berücksichtigen?**

Zurück zu
unserer
Frage ?

Volt möchte allen Menschen unserer Gesellschaft gerecht werden und diese bedürfnisorientiert berücksichtigen. Wir würden in einen engen Austausch mit Organisationen gehen, um zu klären, ob es sinnvoller wäre, die Anlaufstelle für Regenbogenfamilien in die bisherigen Zentren zu integrieren oder eigene Zentren zu schaffen.

7. Etat/Zuwendung

- a. **Planen Sie für queere Beratungsstellen eine Erhöhung der Zuwendungen zur Kompensation der gestiegenen Personalkosten (durch die Tarifierhöhungen in 2022 und 2023) sowie zur Kompensation gesteigener Energie- und Allgemeinkosten, um eine reale Kürzung zu verhindern?**

Zurück zu
unserer
Frage ?

Die Kostensteigerungen werden wir berücksichtigen, um eine reale Kürzung zu verhindern und damit für eine Sicherheit der Betroffenen zu sorgen.